

„Das skandinavische Modell ist überlegen“

Der österreichische Forscher **Bernd Marin** über Unterschiede zwischen der Rente in seiner Heimat und in Deutschland – und bessere Vorbilder.

TEXT SVEN BÖLL

Herr Marin, in Österreich bekommen Ruheständler im Durchschnitt fast 60 Prozent mehr Rente als in Deutschland.

Was kann Ihr Land, was wir nicht können?

Wie viel mehr Rentner in Österreich genau bekommen, hängt von der Art der Berechnung ab. Jedenfalls geben wir nach Zahlen der OECD rund 13,8 Prozent der Wirtschaftsleistung dafür aus und Deutschland 10,1 Prozent.

Das heißt: Um auf das österreichische Niveau zu gelangen, müsste die Bundesrepublik über 100 Milliarden Euro pro Jahr mehr ausgeben. Bekämen wir dafür auch entsprechend bessere Leistungen?

Das ist fraglich. Österreich hat mit die höchsten Ausgaben, aber bei Weitem nicht die besten Leistungen. Ein Beispiel: Weil es bei uns keine Grundsicherung gibt und vor allem Hunderttausende Frauen keine eigenen Ansprüche erarbeitet haben, liegt die Armutsrate unter Rentnern bei fast neun Prozent – das ist zwar besser als in Deutschland, aber schlechter als in Griechenland.

Der Beitrag zur Rente liegt in Österreich bei 22,8 Prozent – deutlich mehr als die 18,6 Prozent in Deutschland. Wirkt sich das nicht negativ auf die Beschäftigung aus, zumal Arbeitgeber mehr zahlen müssen als Arbeitnehmer?

Der reale, implizite Beitragssatz ist sogar noch weitaus höher, weil wir viele steuerfinanzierte Leistungen haben: Er liegt bei rund 32 Prozent. Das schafft natürlich große Probleme. Deshalb sind weitere Reformen unumgänglich. Man könnte unter anderem die Beiträge erhöhen, den Zuschuss aus dem Haushalt weiter steigern, die Leistungsansprüche reduzieren oder das Rentenalter erhöhen. Für höhere Beiträge und mehr Steuergeld gibt es angesichts der bestehenden Belastungen keine Spielräume mehr. Deshalb wird wohl das Versorgungsniveau weiter sinken.

Trotzdem ist es höher als in Deutschland.

Ja, insbesondere bei der Dauer des Rentenbezugs und der Höhe zu Beginn der

Rente. Bei uns wird aber jedes Jahr nur die Inflation ausgeglichen. In der Bundesrepublik richten sich die Erhöhungen dagegen nach der Lohnentwicklung. Eine Frau aus der Mittelschicht bezieht in Österreich im Durchschnitt bereits über 32 Jahre Rente. Über einen so langen Zeitraum schmilzt dann der Vorsprung.

Seit 2005 müssen in Österreich auch Selbstständige und Freiberufler in die Rentenversicherung einzahlen. Sollte Deutschland diesen Schritt ebenfalls machen?

Unbedingt. Eine Sozialversicherung kann nicht funktionieren, wenn bestimmte Gruppen von der Versicherungspflicht ausgenommen sind. In Deutschland können sich so Millionen Menschen der gesetzlichen Rente entziehen – häufig sind das Gutverdiener.

Welche Rolle spielt die Zuwanderung?

Die im Vergleich zu Deutschland deutlich höhere Zuwanderung stabilisiert unser Rentensystem. Allein kann sie die Probleme aber nicht lösen.

Welchen Beitrag kann sie konkret leisten?

Es gibt für Österreich Berechnungen: Wenn wir weiter die Zuwanderungsrate der vergangenen 50 Jahre hätten, würde sich die Einwohnerzahl stabilisieren. Wenn wir die Zahl der Erwerbsfähigen konstant halten wollten, müsste sich die Nettozuwanderung verdoppeln. Und wenn wir das Verhältnis zwischen Erwerbsfähigen und Rentnern stabilisieren wollten, bräuchten wir bis zu 225 000 Zuwanderer pro Jahr – also zehnmal so viel Nettoimmigration wie heute. Das funktioniert ganz offensichtlich nicht.

Was schlagen Sie als Lösung vor?

An einer Anpassung des gesetzlichen Rentenalters führt kein Weg vorbei. Das skandinavische Modell ist insgesamt überlegen. Dabei braucht man nicht so weit zu gehen wie Dänemark. Dort ist bis 2100 eine konstante Ruhestandsdauer von nur rund 15 Jahren festgeschrieben. Das bedeutet, dass die ab Juli 2018 Geborenen erst mit 77 Jahren, also 2095, in Rente gehen können.

Hinzuverdienste für Rentner, die mit Abschlüssen in den Ruhestand gingen. Doch das hilft nur einer überschaubaren Gruppe – anders als in Ländern wie Dänemark, wo es keine starre Altersgrenze gibt und Ältere selbst entscheiden, wie viel sie arbeiten.

So wie Ingrid Hamm. An einem lauen Abend Mitte Juli steht die frühere Geschäftsführerin der Robert-Bosch-Stiftung am Ende einer langen Tafel im „Soho House“ in Berlin, etwa 50 Vertreter von Ministerien, Verbänden und Unternehmen sind gekommen, um über Initiativen der Wirtschaft für Afrika zu diskutieren. „Family Style“ nennen sie diese Art des Essens hier: Auf den Holztischen stehen Schalen, bei denen sich jeder bedient, während Hamm die Gäste vorstellt. Krawatten sind unerwünscht.

Aber das lässige Ambiente ändert nichts daran, dass es schnell zur Sache geht. Hamm kennt viele der Gäste lange, als Stiftungsma-

„Die Digitalisierungsdebatte verringert den Ehrgeiz, ältere Beschäftigte im Job zu halten“

JUTTA RUMP

Professorin für Betriebswirtschaftslehre

nagerin hat sie jahrelang mit 150 Mitarbeitern Projekte, Stipendien und Kongresse konzipiert, war ständig in der Welt unterwegs.

Aber bis vor Kurzem galt bei der Stiftung die Regel, dass die Chefs mit 60 ausscheiden. Als sich der Zeitpunkt für Hamm abzeichnete, war klar, dass es beruflich irgendwie weitergehen muss. „Es sollte noch mal etwas Neues passieren“, sagt sie. Nicht aus finanziellen Gründen, sondern weil es ihr merkwürdig erschien, zu lassen, was Spaß machte: Debatten organisieren, Menschen zusammenbringen, Vordenker unterstützen.

So kam es, dass sie inzwischen einen neuen Job hat: Co-Chefin einer Initiative für nachhaltige Entwicklung. Sie ist so viel unterwegs wie früher. Und sie trägt immer noch damenhafte Kostüme und teure Handtaschen, obwohl sie neuerdings im Büro zwischen Berliner Hipstern sitzt.

„Own Your Age“, mach dich nicht krampfhaft jünger, sagen sie bei der AARP in Washington. Die amerikanischen Lobbyisten wären mit Hamm sehr zufrieden. ■